

Kaputt gerettet? Das bleibt übrig vom Klimapaket von der Leyens

Welt, 22.06.2022, Tobias Kaiser

<https://www.welt.de/wirtschaft/plus239488355/Green-Deal-der-EU-Der-heikle-Kompromiss-bei-von-der-Leyens-Klimapaket.html?cid=email.crm.redaktion.newsletter.wirtschaft>

Das Kernstück des Green Deals von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen wurde bis zur Unkenntlichkeit zusammengestrichen

Das EU-Parlament blockierte das Herzstück von Ursula von der Leyens Klimapaket. Nun stimmen die Abgeordneten erneut über die Pläne ab. Diesmal steht eine große Koalition von Unterstützern. Die Einigung hat allerdings einen hohen Preis.

Peter Liese hat eine Blamage in einen Erfolg verwandelt – zumindest sieht es danach aus. Der CDU-Abgeordnete könnte es schneller als erwartet doch noch schaffen, das Herzstück von Ursula von der Leyens Klimaplan „Fit for 55“ durch das Europäische Parlament zu bringen.

Anfang Juni erlitt der federführende Akteur damit eine krachende Niederlage: Sein Vorschlag für eine Reform der EU-Klimaregeln fiel im Parlament überraschend durch. Daraufhin wurde die Abstimmung über zwei weitere Vorhaben aus dem Gesetzespaket gleich ganz abgesagt.

Jetzt hat Liese es geschafft, überraschend schnell eine große Koalition für einen neuen Anlauf zu formen. Lieses christdemokratische EVP-Fraktion, die liberale Renew-Fraktion, in der auch die deutschen FDP-Abgeordneten sitzen, und die sozialdemokratische S&D-Fraktion sind an dem Kompromiss beteiligt. Die EVP ist dafür den Umweltschützern im EU-Parlament entgegengekommen. Demnach soll der Handel mit Verschmutzungszertifikaten (ETS), das zentrale Element der EU-Klimaschutzpolitik, in den kommenden Jahren verschärft werden.

Für sechs besonders energieintensive Unternehmen soll dabei in den kommenden Jahren ein wichtiges Privileg wegfallen. Sie erhalten bisher kostenlose Emissionszertifikate. Die Gratis-Zertifikate sollen dafür sorgen, dass die Hersteller gegen Konkurrenz aus Ländern bestehen können, in denen weniger strenge Umweltstandards gelten. Und sie sollen verhindern, dass die Firmen dorthin abwandern.

Die Kritik von Umweltschützern an diesem System: Unternehmen hätten wegen der kostenlosen Zuteilung weniger Druck, ihren CO₂-Ausstoß zu senken.

Gratis-Zertifikate sollen wegfallen

Für sechs Industrien, die besonders viel CO₂ verursachen, sollen die Gratis-Zertifikate deshalb wegfallen. An ihrer Stelle will die EU einen CO₂-Aufschlag erheben, der Importprodukte, die in Übersee klimaschädlicher als in Europa hergestellt werden, an den Grenzen der EU teurer machen soll.

Die erste Abstimmung im Parlament war an der Frage gescheitert, wie schnell die Zuteilung von Gratis-Zertifikaten eingestellt und durch den neuen CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) ersetzt werden soll. Der Fahrplan, auf den

die drei Fraktionen sich geeinigt haben, sieht jetzt vor, dass die Gratis-Zertifikate ab 2027 reduziert werden.

Der Abbau der Zertifikate beginnt nun ein Jahr später und läuft zunächst langsamer als von der Kommission vorgesehen, nimmt dann aber an Fahrt auf. Dafür sollen die Gratis-Zuteilungen drei Jahre früher als von der Kommission vorgeschlagen komplett verschwinden; nämlich bereits 2032 und nicht erst 2035.

Raum für Korrekturen

Den Unternehmen kommt der Parlamentskompromiss trotzdem entgegen, weil er ihnen mehr Zeit lässt, sich auf CBAM einzustellen. Und er lässt Raum für Korrekturen: Der langsamere Ersatz von Gratis-Zertifikaten durch den Grenzausgleich sorgt dafür, dass die Politik gegensteuern kann, falls die neue CO₂-Schranke an den EU-Außengrenzen nicht funktioniert oder wenn die Welthandelsorganisation WTO es nicht zulässt.

Zudem wollen die Parlamentarier, dass Unternehmen für den Anteil ihrer Produktion, die in den Export geht, weiterhin kostenlose Emissionsrechte bekommen, damit sie auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig bleiben. Dafür hatte sich auch die Bundesregierung eingesetzt.

Weiter sieht der Kompromiss des Parlaments vor, dass Millionen ungenutzter CO₂-Zertifikate rasch gelöscht werden und dass die Gesamtmenge der gehandelten Zertifikate und damit des erlaubten CO₂-Ausstoßes jedes Jahr schneller zusammengestrichen wird, als von der Kommission vorgesehen.

Die Grünen wollen auch deshalb dem Kompromiss zustimmen: „Mit diesem Vorschlag halten wir den Mindeststandard für das Pariser Klimaabkommen ein“, sagt Michael Bloss, der klimapolitische Sprecher der Grünen im EU-Parlament. Die Reform des Emissionshandels dürfte deshalb bei der Abstimmung durchgehen.

Kernstück des Klimaplanes zusammengestrichen

Die Einigung hat allerdings einen hohen Preis: Das Parlament hat ein Kernstück des Klimaplanes bis zur Unkenntlichkeit zusammengestrichen: Einen EU-weiten CO₂-Preis für Autofahrer und das Heizen von Wohnungen und Häusern. Ab 2026 soll es einen eigenen Emissionshandel für Benzin, Heizöl, Gas und andere Brennstoffe zum Heizen geben. So sieht es der Gesetzesvorschlag der Europäischen Kommission vor.

Es wäre ein paralleler, zweiter Emissionshandel neben dem bestehenden für Energieerzeuger und die Industrie. „Der neue ETS spielt eine bedeutende Rolle, um die Emissionen bis 2030 um mindestens 55 Prozent zu reduzieren“, heißt es in einer Analyse der Kommission. „Er trägt rund 45 Prozent zu den Emissionsreduktionen bei, die im Gebäudesektor und beim Straßentransport nötig werden gegenüber den geltenden Regeln.“

Der sogenannte ETS 2 ist allerdings aus Sicht vieler europäischer Politiker das heikelste Vorhaben des Europäischen Green Deals überhaupt, weil er die Preise an den Zapfsäulen und die Heizkosten erheblich verteuern würde. Eine große Mehrheit der Abgeordneten im EU-Parlament fürchtete denn auch Reaktion der betroffenen

Verbraucher. Deshalb lehnten sogar die Grünen dort das Vorhaben ab – vor allem, weil die grünen Abgeordneten aus Frankreich um ihre Popularität bei den Wählern bangten.

Das Resultat: Der Parlamentskompromiss sieht zwar vor, dass der ETS 2 kommen soll; allerdings lediglich für gewerbliche Verbraucher. Eine Ausweitung auf Privatkunden soll frühestens 2029 möglich sein und nur, wenn hohe Hürden überwunden werden.

EU-Mitgliedstaaten verhandeln parallel über Klimaschutzpaket

In der Bundesregierung, die sich stark für den zweiten ETS eingesetzt hatte, winkt man angesichts dieser Regelung bereits ab. Nur für Unternehmen lohne sich der Aufwand gar nicht, einen zweiten ETS auf den Weg zu bringen, heißt es in den Fachabteilungen in Berlin hinter vorgehaltener Hand. Dafür seien die erzielbaren Einsparungen zu gering.

Unklar ist auch, wie praktikabel ein Emissionshandel lediglich für gewerbliche Verbraucher sein kann: „Wie wollen Sie denn an der Zapfsäule zwischen Privatmann und Unternehmer unterscheiden?“, sagt ein Lobbyist in Brüssel.

Ohnehin ist fraglich, ob sich das Parlament mit seinen Forderungen durchsetzen kann. Denn auch die EU-Mitgliedstaaten verhandeln parallel über das Klimaschutzpaket. Die französische Ratspräsidentschaft will, dass die Umweltminister sich bereits auf ihrer Sitzung am 28. Juni auf eine Position einigen.

„Die Ratspräsidentschaft arbeitet daran mit Hochdruck“, sagt eine Diplomatin in Brüssel. Ab Herbst würden dann Parlament und Mitgliedstaaten miteinander das endgültige Gesetz verhandeln.